

MATTHIAS PILZ MICHAEL GERR PATRICK FRIEDL
MITGLIEDER DES STADTRATES

Herrn Oberbürgermeister
Georg Rosenthal

Herrn Kommunalreferent
Wolfgang Kleiner

97067 Würzburg

12. März 2010

Übermäßiger Alkoholkonsum in Würzburg
**Anfrage zum Beschlussvorschlag zur Änderung der Würzburger Sicherheitssatzung
im Bereich der Leonhard-Frank-Promenade (Stadtrat am 25.03.2010)**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrter Herr Kommunalreferent,

auch die Stadtratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen teilt die Auffassung der Verwaltung, dass es unter anderem in der Leonhard-Frank-Promenade zu einer unerwünschten Häufung von Verhaltensweisen kommt, die vor allem auf *übermäßigen Alkoholkonsum* (hier vorwiegend junger Menschen) und seine Begleiterscheinungen zurück geführt werden.

Wir haben jedoch begründete Zweifel an dem Lösungsansatz der Verwaltung, diese Begleiterscheinungen durch ein generelles Alkoholverbot in den Griff bekommen und so das eigentliche Problem rein örtlich verdrängen und verschieben zu wollen.

In diesem Zusammenhang bitten wir, soweit dies in der Kürze der Zeit möglich ist, bis zur Stadtratssitzung am 25. März 2010 um Beantwortung des folgenden **Fragenkatalogs**:

1. Gibt es eine Aufstellung über die genannten und festgestellten Vorkommnisse in Würzburger Grünanlagen? Wenn ja, welche sind dies und wie verteilen sie sich über das Stadtgebiet, bzw. wo sind (weitere) Schwerpunkte?
2. Wie viele Körperverletzungen und Notarzteinsätze aufgrund von Alkoholmissbrauchs sind in Würzburg verzeichnet? Wie verteilen sich diese auf Grünanlagen bzw. ereignen sich im Rahmen von Volks- oder Weinfesten?

3. Wie verteilen sich Beschwerden über nächtliche Ruhestörungen aus dem öffentlichen Raum in Würzburg? Wie viele sind auf die Leonhard-Frank-Promenade zurückzuführen?
4. Wie beurteilt die Stadt, dass nach eigenen Angaben „bis zu 400 Personen“ an Sommer- tagen allein an der Leonhard-Frank-Promenade „Unmengen von Alkohol konsumieren“, „Alkoholexzesse“ mit „unzähligen betrunkenen Minderjährigen, Körperverletzungen und Notarzteinsätzen“ zu beklagen sind? Wird dahinter ein wachsendes Problem im Umgang mit Alkohol insgesamt (unabhängig von Altersgruppen) gesehen?
5. Wie setzen sich nach Erkenntnissen der Stadt die Personengruppen altersmäßig zusammen? Kann eine Aussage nach Altersgruppen getroffen werden (z. B. unter 16 Jahren, zwischen 16 und 21 Jahren, bis 30 Jahre, über 30 Jahre)?
6. Welche Versuche hat es bisher gegeben, mit den Nutzergruppen der Leonhard-Frank-Promenade bzw. mit Vertrauenspersonen derselben (z. B. über Sozialarbeit vor Ort) verbindliche Verabredungen zu treffen?
7. Auf welche Rechtsvorschriften können Maßnahmen bisher gestützt werden und wieso ist deren Durchsetzungsfähigkeit nicht gegeben? Ist die Stadt der Meinung, beim Alkohol- konsum Minderjähriger (insbesondere bei unter 16jährigen bzw. unter 18jährigen) nicht unmittelbar einschreiten zu können?
8. Welche geringeren bzw. anders gelagerten ordnungsrechtlichen Eingriffe wurden geprüft (z. B. ein Verbot von Glasflaschen) und warum verworfen?
9. Welche Ziele (außer „vollziehbare Regelung“ und „Zugang und Benutzung attraktiver gestalten“) sollen mit einem örtlich begrenzten Alkoholverbot erreicht werden?
10. Wird mit einer örtlichen Verlagerung des öffentlichen *übermäßigen Alkoholkonsums* gerechnet? Wenn ja, wohin? Wenn nein, warum nicht?
11. Wird auch an anderen Orten (zumal, wenn es eine örtliche Verlagerung geben sollte, an den entsprechenden neuen Problemschwerpunkten) an ein Alkoholverbot gedacht?
12. Wurde eine Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten eingeholt, z. B. zu der Frage, ob junge Männer eher als Verursacher des Problems auftreten und ob Frauen eher als Nutzerinnen der Promenade von den jetzigen Zuständen abgeschreckt sein könnten?
13. Sieht die Stadt eine über die örtliche Verdrängung des Problems *übermäßiger Alkohol- konsum* hinausgehende Verantwortung? Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen gibt es bereits, sind in Vorbereitung oder angedacht? Wenn nein, warum nicht?
14. Was tut die Stadt, um ihrer Vorbildwirkung gegenüber Minderjährigen und jungen Erwachsenen im Umgang mit Alkohol gerecht zu werden? Gibt es da seitens der Stadt ein verändertes Problembewusstsein? Wenn ja, wird dies u. a. bei offiziellen städtischen

Anlässen Ausdruck finden und zu Veränderungen beim Umgang mit und Ausschank von Alkohol führen (z.B. beim Neujahrsempfang)?

15. Welche Präventionsmaßnahmen und -programme gibt es an städtischen Schulen, um Schülerinnen und Schüler auf die Folgen und Gefahren *übermäßigen Alkoholkonsums* aufmerksam zu machen? Inwieweit werden die Eltern dabei eingebunden?

16. Werden in die Prävention auch die ProfiteurInnen von Alkoholkonsum wie z. B. Brauereien, Winzergenossenschaften, Gaststättenbetreiber und Einzelhandel einbezogen?

Anmerkungen:

Ausgehend von dem sehr drastischen Bild, das die Beschlussvorlage TOP 4 zum Bau- und Ordnungsausschuss am 9. März 2010 und Stadtrat am 25. März 2010 zeichnet, haben wir einen Fragenkatalog erstellt. In der Tat besteht gesellschaftlicher wie politischer, also auch städtischer Handlungsbedarf bei wachsendem *übermäßigem Alkoholkonsum*. Jedoch darf dann städtisches Handeln sich nicht auf Restriktionen und „Symptom“-Verlagerungen beschränken. Indem an einer einzigen Stelle in der Stadt punktuell der öffentliche Alkoholkonsum („außerhalb zugelassener Freischankflächen“) generell verboten und als ordnungswidrig eingestuft wird, werden die angeführten „Alkoholexzesse“ mit großer Wahrscheinlichkeit eben an anderer Stelle im Stadtgebiet gehäuft auftreten. „Zerschlagene Flaschen“, „erschwerter Anfahrt“ für Rettungskräfte, Einsätze der „Wasserrettung“, „Körperverletzungen und Notarzteinsätze“ könnten an anderer (weniger gut einsehbarer und nicht so zentraler) Stelle sogar noch massiver auftreten.

Deshalb halten wir vor einer solchen Entscheidung, eine weitergehende Problemanalyse, Problembeschreibung und Entwicklung weiterer, gegebenenfalls auch vollkommen anderer, Lösungsansätze für sinnvoll. Wachsender *übermäßiger Alkoholkonsum* ist ein sehr ernst zu nehmendes Problem, wie die wachsende Zahl von Alkoholvergiftungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zeigt (die Zahl hat sich deutschlandweit zwischen dem Jahr 2000 und heute mehr als verdoppelt).

Mit freundlichen Grüßen,

Matthias Pilz
Fraktionsvorsitzender

Michael Gerr
Stadtrat

Patrick Friedl
Stadtrat